



## Mehrheitsprinzip: Appenzell ist die Alternative zu Athen

### ROBERT NEF

*Bedroht das demokratische Mehrheitsprinzip die Freiheit? Ein Vergleich zwischen griechischer Polis und der direkten Demokratie in Schweizer Kantonen*

Für eine Verteidigung des Mehrheitsprinzips kann man sich auf den Rütlichswur aus Schillers „Tell“ abstützen, eine kurz gefasste, inhaltlich und sprachlich geniale Quintessenz der Begründung einer politischen Philosophie der Gemeinschaft.

### Wilhelm Tell

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
in keiner Not uns trennen und Gefahr.  
Wir wollen frei sein wie die Väter waren,  
eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.  
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott  
und uns nicht fürchten vor  
der Macht der Menschen.  
(Friedrich Schiller, „Wilhelm Tell“, zweiter Akt, Szene 2)

### Die Parodie

Die Anklage des Mehrheitsprinzips stützt sich auf meine aktualisierte Parodie, die auf die langfristigen Folgen des Mehrheitsprinzips hinweist:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Rentnern  
Uns zwangsversichern gegen alle Not.  
Wir wollen Wohlfahrt, selbst  
auf Kosten unserer Kinder,  
eher taktieren, als eigenständig  
sich behaupten.  
Wir wollen trauen auf den zentralen Staat.  
Und uns stets beugen  
vor der Macht der Mehrheit.  
(Robert Nef, Liberales Institut, zweitletzter Akt, zweitletzte Szene)

### Der Rütlichswur

Was liegt zwischen diesen beiden Texten — außer natürlich dem eklatanten sprachlichen Qualitätsunterschied? Es sind 205 Jahre seit Schillers „Tell“ und 717 Jahre seit der historischen Gründung der Eidgenossenschaft 1291. Der verbalhornte aktualisierter Rütlichswur ist das, was an Freiheit noch übrig bleibt, wenn das Mehrheitsprinzip lange genug und mit zu wenig Einschränkungen und in Kombination mit dem Parlamentarismus praktiziert wird.

Dies ist die im Lauf der Geschichte sehr unterschiedlich beantwortete Grundfrage: Ist das Mehrheitsprinzip als Verfahren kollektiver Entscheidungsfindung mit der Idee der Freiheit dauerhaft vereinbar? Als nachdenklicher Beobachter der Realität mit liberaler Optik muss ich die Frage verneinen. Als Schweizer mit familiären Wurzeln im seit über 500 Jahren direktdemokratischen Appenzellerland neige ich zu einem Ja — rationale Skepsis gegen emotionale Zuneigung: was gewinnt?

### Ein Plädoyer für die Mischverfassung

Für Aristoteles war die Demokratie eine Zerfallsform jener „Herrschaft der vielen“, die er Politie nannte. Die ideengeschichtliche Karriere des heute weitgehend positiv aufgeladenen Begriffs Demokratie begann also mit einer radikalen Kritik.

Aristoteles hat das Degenerationspotential des Mehrheitsprinzips treffend erkannt und beschrieben. Seine Staatsformenlehre ist ein Plädoyer für die Mischverfassung. Er unterscheidet die Herrschaft eines, einiger oder vieler. Alle drei Herrschaftsformen können grundsätzlich positiv sein, wenn sie „im Hinblick auf das Gemeinwohl regieren“, aber sie sind dann verfehlt, wenn sie nur dem jeweiligen Nutzen von einem oder von einigen oder von vielen dienen. Aristoteles hält eine tugendhafte Herrschaft der vielen zwar für möglich, aber für unwahrscheinlich.

### Verheerende Überbewertung des Politischen

Bei aller Bewunderung für die Hellsichtigkeit dieser Beobachtungen, sollte man dennoch nicht vor einer fundamentalen Kritik an der griechisch-römischen Staatsphilosophie zurückschrecken. Sie hat das politphilosophische Denken Europas nachhaltig beeinflusst und vergiftet.

Aristoteles hat zwar mit seiner Definition des Menschen als einem politischen Tier, als „Zoon politikon“, die Zeitgenossen aus seinem Milieu gut beobachtet, aber er hat damit einer meines Erachtens verheerenden Überbewertung des Politischen und einer folgeschweren Unterbewertung des Privaten, Ökonomischen und Zivilgesellschaftlichen den Weg bereitet. Der „homo oeconomicus“, der Bauer, der Handwerker, der Dienstleister und der Händler, waren für Aristokraten wie ihn und vor ihm Plato und nach ihm viele nichterwerbsabhängige Schöngeister nichts anderes als Banausen. Diese bemühten sich — abgestützt auf ein Heer von Sklaven und Rechtlosen — um so banale Dinge wie die Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts.

## Direktdemokratisches System

In markantem Kontrast zum antiken Athen steht das politische System der beiden Appenzell, zwei kleine Schweizer Halbkantone, die mit konfessionell und kulturell unterschiedlichen Staats- und Lebensformen seit Jahrhunderten in einem friedlichen Wettbewerb stehen. Das seit über 500 Jahren nachhaltig praktizierte politische System war tatsächlich direktdemokratisch. Dies widerlegt alle Behauptungen, auch jene des Aristoteles, die Herrschaft der vielen scheinere über kurz oder lang an ihren internen Systemmängeln, weil es zur Ausbeutung der Minderheit der Reichen durch die Mehrheit der Nichtreichen führe.

An der Landsgemeinde werden für ein Jahr in einer Art Vollversammlung unter freiem Himmel die Wahlen durchgeführt und die Gesetze verabschiedet — oder häufig mangels Konsens abgelehnt. Der Landammann, der vom Volk beauftragte nebenberufliche Regierungschef, verfügt für ein Jahr über das Landessiegel, mit dem Verträge besiegelt wurden, und er hat über seine Tätigkeit „zum Wohl des Landes“ öffentlich Rechenschaft abzulegen.

## Fundamental unterschiedliche Stellenwerte

Die Regierungs- und Richterämter waren — und sind es zum Teil bis heute — alle nebenberuflich und ehrenamtlich und auf ein Jahr befristet. Politik als Beruf gibt es nicht, sondern nur als Teilfunktion jedes Bürgers. Volksbeauftragte auf Zeit wurden direkt wiedergewählt oder abgewählt. Die Kompetenzen waren seit je eng umschrieben. Sie betrafen vor allem die Außenpolitik, das Rechtswesen und den kantonalen Straßenbau. Zu verteilen gab es außer Lasten fast nichts. Der Entscheid zur Beteiligung an einem Feldzug wurde von denselben Leuten gefällt, die nachher auch einrücken mussten, eine Identität von Beteiligten und Betroffenen, die gerade beim Kriegsdienst, bei dem die Gemeinschaft den Einsatz des Lebens verlangt, entscheidend ist.

Das ist der wesentliche Unterschied zwischen den Sklavenhaltern und politisierenden Müßiggängern in Athen und den auf dem eigenen Heimwesen hart arbeitenden Kleinbauern im Appenzellerland, die gleichzeitig in Personalunion auch die Milizarmee verkörperten: Der Stellenwert der öffentlichen und der privaten Angelegenheiten, der „res privata“ und der „res publica“, war fundamental verschieden.

## Demokratische Willensbildung

Für einen Tag im Jahr war man ein „Zoon politikon“. Die übrigen 364 Tage gehörten dem „Häämetli“, das heißt dem als „kleine Heimat“ bezeichneten eigenen Hof, seiner privaten Ökonomie und seiner familiären Gemeinschaft und der lokal verankerten Kultur. Fazit: Demokratische Willensbildung basierend auf dem Mehrheitsprinzip ist möglich, wenn sie sich inhaltlich, zeitlich und finanziell auf einen möglichst kleinen Ausschnitt aus dem zivilgesellschaftlichen Leben beschränkt und die Mitbestimmung die Ausnahme und die Selbstbestimmung die Regel bildet.

Ist nun das Glas des Mehrheitsprinzips halb voll, oder ist es halb leer? In einer Diktatur werden schlimmstenfalls alle permanent wider ihren Willen zu einem Tun oder Unterlassen gezwungen. Das kann aber auch beim Mehrheitsprinzip der Fall sein. Wenn dieses nämlich als Ausscheidungsverfahren gegenüber einer Vielfalt von Wahlmöglichkeiten benützt wird, steigt der Anteil an Fremdbestimmung von Wahlgang zu Wahlgang an, und es ist sogar wahrscheinlich, dass in einer pluralistisch zusammengesetzten Gruppe in einem Ausscheidungsverfahren nach Mehrheitsprinzip letztlich überhaupt niemand mehr jene Lösung erhält, die er oder sie selbst spontan für die beste hält.

## Wie aus Vielfalt Einfalt wird

Mitbestimmung gemäß Mehrheitsprinzip hat keinen Selbstzweck. Sie hat gegenüber der individuellen Selbstbestimmung lediglich einen subsidiären Stellenwert. Das Mehrheitsprinzip ist entgegen der Formel „Vox Populi, Vox Dei“ und in Übereinstimmung mit Hans Hoppe „ein Gott, der keiner ist“.

Der Zwang, und vor allem der Zwang zum Guten, oder zu dem, was eine Mehrheit für gut hält, macht Vielfalt zur Einfalt und hat insgesamt eine auch für die Gemeinschaft destruktive Wirkung. Jede kreative Gemeinschaft beruht auf dem friedlichen Wettbewerb, und wenn das Mehrheitsprinzip dazu missbraucht wird, unliebsame, aber friedliche Lösungsvarianten auszuschalten, degeneriert es zur Herrschaft der jeweils tonangebenden Populisten.

## Was ist konsensfähig?

Was ist nun aber nicht nur mehrheitsfähig, sondern sogar umfassend und dauerhaft konsensfähig? Das ist nichts Anderes als die gemeinsame Abwehr einer gemeinsam nicht gewollten gewaltsamen Entwicklung und niemals die Herstellung eines gemeinsam gewollten künftigen Zustandes.

Taugt das Mehrheitsprinzip als Hort der Freiheit? Soll das Urteil über das Mehrheitsprinzip nach dem Mehrheitsprinzip gefällt werden, oder soll jeder für sich selbst entscheiden? Hier mein persönlicher Entscheid: Was für mich, meine Familie, meine Nächsten, Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen gut ist, versuche ich täglich prüfend, kommunizierend und einführend herauszufinden. Was das absolut Gute und für alle Beste ist, weiß ich nicht. Aber ich zweifle ernsthaft, ob Mehrheiten das besser wissen.

*Der Text ist eine gekürzte Fassung einer Dankesrede anlässlich der Verleihung der Hayek-Medaille in Freiburg im Breisgau.*

Publiziert in *Die Welt*

August 2008

